



Stichtag für Abonnementspreis in Breslau 2 Sgr. außerhalb incl. Porto 2 Sgr. 12 Sgr. Anfertigung für den Raum einer fünfzeiligen Seite in Pettschaft 1/2 Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postanstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 320. Mittags-Ausgabe.

Achtundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Freitag, den 12. Juli 1867.

Deutschland.

Berlin, 11. Juli. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat den bisherigen Gesandten an den großherzoglich medlenburgischen Hofen und bei den freien und Hansestädten, Freiherrn von Richthofen, zum außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei Seiner Majestät dem Könige von Schweden und Norwegen ernannt.

Se. Majestät der König hat den Obergerichts-Vicedirector Schmitt in Verden, unter Beilegung des Titels „Obergerichts-Director“, zum Präsidenten des Obergerichts in Verden, und den Obergerichts-Rath Heineken zu Hannover, unter Beilegung des Titels „Obergerichts-Vicedirector“, zum Vice-Präsidenten des Obergerichts in Verden ernannt, sowie bestimmt, daß in gleicher Amtsbeziehung wie bisher: der Obergerichts-Director von Werlhof zu Hannover an das Obergericht in Lüneburg, der Obergerichts-Director Vueder zu Verden an das Obergericht in Hannover, der Obergerichts-Rath Heineken zu Celle, hannoversche Geheime Rath Buch von dort an das Obergericht zu Osnabrück, der Obergerichts-Director Reineke zu Hameln an das Obergericht in Celle, der Obergerichts-Director Dandert zu Aurich an das Obergericht in Hameln, der Obergerichts-Director Warba zu Nienburg an das Obergericht in Aurich, der Obergerichts-Rath Wieder von Celle an das Obergericht zu Hannover, und der Obergerichts-Rath Bierwirth von Nienburg an das Obergericht zu Celle versetzt werden; ferner den Kaufmann Johann Gernet in Archangel an Stelle des auf sein Ansuchen entlassenen bisherigen Consuls C. Lindes zum Consul daselbst ernannt, sowie dem Kaufmann Joseph Jacob Flatau in Berlin den Charakter als Commissions-Rath verliehen.

[Allerhöchster Erlass.] Auf den Bericht des Staats-Ministeriums vom 30. v. M. bestimme Ich hierdurch, daß die Landes-Lotterien in Hannover und Osnabrück, sowie die Lotterie in Frankfurt a. M., und zwar eine jede derselben nach Beendigung ihrer zweiten, im laufenden Jahre spielenden Klassen-Lotterie, aufgehoben werden.

Berlin, den 5. Juli 1867.

Wilhelm.

Febr. v. d. Heydt u. s. w.

Se. Majestät der König hat zu der von des Fürsten zu Hohenzollern-Hechingen Hoheit beabsichtigten Verleihung des fürstlich Hohenzollernischen Hausordens an die nachbenannten Personen Genehmigung erteilt, und zwar haben erhalten:

Das Ehrenkreuz erster Klasse mit Schwertern: der General-Major v. Treschow, General-Adjutant Sr. Majestät des Königs; das Ehrenkreuz zweiter Klasse mit Schwertern: der Oberst-Freiherr v. Steinäcker, Flügel-Adjutant Sr. Majestät des Königs, und der General-Arzt, Professor Dr. v. Bauer, Geheim-Rath und Leibarzt Sr. Majestät des Königs; das Ehrenkreuz dritter Klasse mit Schwertern: der Major v. Lucadou, Flügel-Adjutant Sr. Majestät des Königs, sowie das Ehrenkreuz dritter Klasse ohne Schwerter: der Hauptmann v. Haugwitz, à la suite des Königs-Osnabrücker-Regiments (2. Westpreussisches) Nr. 7, commandirt im Kriegs-Ministerium.

[August v. d. Heydt.] Aus dem Tage-Buche ist gestern die Nachricht von dem daselbst eingetretenen Tode des Freiherrn August v. d. Heydt, ältesten Sohnes des Herrn Finanzministers und Chefs des Oberfelder Bankhauses v. d. Heydt-Kruppen u. Söhne, eingetroffen.

[Schulze-Delitzsch und der internationale Genossenschafts-Congress.] Die „Zukunft“ schreibt:

Verschiedene Zeitungen machten vor einiger Zeit nach den Angaben der französischen Journale „Avenir national“ und „Lemps“ Mitteilung von den Gründen, welche die Preis-Jury auf der Pariser Ausstellung bezogen hätten, von dem ursprünglichen Vorlage, Schulze-Delitzsch den Preis von 100,000 Fr. für seine Verdienste um die arbeitenden Klassen zuzuerkennen, wieder abzulegen. Die Darstellung jener Blätter war jedoch keineswegs genau. Es ist nicht richtig, daß Schulze-Delitzsch „um die Abhaltung eines internationalen Congresses der Genossenschaften in Paris angegangen worden sei, dies aber abgelehnt habe“. Ein in Paris zusammengetretenes Comité hatte vielmehr auf Mitte August einen solchen internationalen Genossenschaftstag angesetzt, auch schon die Tagesordnung dafür bestimmt und dem Organ des deutschen Genossenschaftsverbandes, den von Schulze (Delitzsch) und Parisius (Gardelegen) redigierten „Blättern für das Genossenschaftswesen“ (früher „Jungend der Zukunft“) durch ein Circular Mitteilung hierüber gemacht. In Folge dessen wurde von der Redaction dieses Blattes ein Schreiben an das Pariser Comité gerichtet, worin anempfohlen wurde, den großen deutschen Genossenschaftsverband doch speciell einzuladen, dabei wurde allerdings der Bewunderung darüber Ausdruck gegeben, daß man diesen großen Verband von vornherein gewissermaßen ignorirt und ohne seine Mitwirkung Ort, Zeit und Tagesordnung der Versammlung bestimmt habe. Gleichzeitig wurden nebenbei einige Andeutungen über eine bessere Tagesordnung, auch vielleicht einen besser zu wählenden Ort gegeben, dies aber keineswegs als Bedingung der Theilnahme hingestellt, geschweige denn eine Bezeichnung förmlich abgelehnt, zumal dies ja nicht Sache der Redaction des oben genannten Blattes, sondern des ständigen Ausschusses der deutschen Genossenschaften gewesen wäre. In Folge dessen schrieb das Pariser Comité einen sehr hüflichen Brief an den hiesigen Ausschuss der deutschen Genossenschaften, lud diese förmlich ein und war zu Concessionen mit Bezug auf die Tagesordnung und die Zeit der Abhaltung gern bereit. So liegt die Sache noch heute und eine definitive Antwort über die Theilnehmung der deutschen Genossenschaften an dem internationalen Congress ist noch nicht ergangen, auf keinen Fall hat jedoch Schulze-Delitzsch persönlich eine Vertheilung bis jetzt zugesagt oder abgelehnt. Wie dieser Umstand also auf die Preisvertheilung von Einfluß sein konnte, ist unerfindlich; man schreibt den Ausfall derselben vielmehr anderen freundschaftlichen Rücksichten gegen die preussische Regierung zu, da man durch die Auszeichnung eines so „prononcierten“ Mannes, wie Schulze-Delitzsch, nicht verletzen wollte; man hat deshalb lieber das preussische Cultusministerium prämiirt. Wenn nun aber die „Correspondenz Havas“ jetzt die Sache so darstellt, daß Schulze-Delitzsch deshalb, weil er erfahren habe, daß er nicht prämiirt werden solle, die Abhaltung des Congresses abgelehnt habe, so ist dies einfach eine böswillige Erfindung. Das erste Schreiben nach Paris ist schon viel früher abgegangen, als die Jury irgend welche Beschlüsse gefaßt haben konnte. Es muß dabei nochmals hervorgehoben werden, daß Schulze-Delitzsch sich keineswegs selbst um einen Preis beworben hat, sondern die Bewerbung von dem Centralbureau für das Wohl der arbeitenden Klassen, sowie von mehreren Handelskammern ausgegangen ist.

[Das Erkenntnis des Kammergerichts in der Disciplinaruntersuchung gegen den Stadgerichtsrath Westen ist nach der „B. M. C.“ bereits ausgefertigt. Das Plenum des Gerichts, in welchem 2 Präsidenten und 32 Räte an der Entscheidung Theil genommen haben, hält gegen den noch immer allein stehenden Beschluß des Ober-Tribunals daran fest, daß Artikel 84 der Verfassung alle im Abgeordnetenpaufe gehaltenen Reden sowohl gegen disciplinarische wie gegen criminelle Verfolgung vor den Gerichten deckt. Wegen der Rede über den Tribunalsbeschluß vom 29. Januar 1866 ist daher auf Freisprechung erkannt worden. Hinsichtlich der Reden, welche Herr Westen im April und Juni vorigen Jahres in öffentlichen Versammlungen gehalten, wendet dagegen auch das Kammergericht den Grundsatz an, daß ein öffentliches, oppositionelles Auftreten gegen Personen oder Politik des Ministeriums die Treue gegen den König und die Pflicht eines Beamten verletze. Es hat demgemäß, wie bereits gemeldet, auf einen Verweis und auf eine Geldstrafe von 100 Thlr. erkannt. Dem Vernehmen nach wird Herr Westen gegen das Erkenntnis appelliren, weil er den aufgestellten Grundsatz nicht als durch das Gesetz gerechtfertigt anerkennt. Uebriens ist selbstverständlich eine abändernde Entscheidung des Obertribunals nicht zu erwarten.

△△ Hamburg, 10. Juli. [Aus der Bürgerschaft. — Zu den Parlamentswahlen. — Verschiedenes aus Schleswig-Holstein.] Mehrere Abgeordnete hatten bei der Hamburger Bürgerschaft die Erwirkung von Senats-Maßnahmen beantragt, welche es möglich machen, den Handel Hamburg's mit deutschen Erzeugnissen

nach den Erbherzogthümern, den beiden Mecklenburg und dem Herzogthume Lauenburg ohne Unterbrechung zu erhalten. Der Bürger-Ausschuß hat jetzt die Inbetriebnahme des Antrages empfohlen. — Der Geschichtslehrer am hiesigen „Johanneum“, Professor Dr. Carl Regidi, ein geb. Preuße, ist von einer Anzahl Wähler des 6. schleswig-holsteinischen Parlamentswahl-Kreises (Emsbörn, Pinneberg u. s. w.) als Parlaments-Candidat in Vorschlag gebracht worden. Die bezüglichen „nationalen“ holsteinischen Wähler waren am Sonntag in Emsbörn versammelt, wo auch Professor Regidi erschienen war und sich für das Durlacher Programm des früheren badischen Ministers Lamey erklärte. Früher wurde der 6. schleswig-holsteinische Wahlkreis im norddeutschen Parlament durch den Glückstädter Obergerichtsrath a. D. Jensen repräsentirt. Die „liberale“ Kieler Partei beabsichtigt übrigens, in Emsbörn den allbeliebtesten Hofbesitzer Bokelmann-Rehwischhöhe als Gegen-candidaten des Herrn Regidi aufzustellen. — In Altona sind gestern Offiziere eingetroffen, um bezüglich der Verlegung des 9. Generalcomandos von Schleswig nach Altona die an letzterem Orte vorhandenen Localitäten in Augenchein zu nehmen. — Aus Hadersleben wird den „Apenrader Nachrichten“ geschrieben: „Der dänische Fanatismus ist wieder bedenklich gestiegen. Vor einigen Tagen wurde hier ein Nord-schleswiger gerichtlich vernommen, der in Ripen (dänischer Stadt) gemißhandelt worden war, weil er sein an der Grenze gelegenes Grundstück der preussischen Regierung zur Errichtung eines Zollhauses verkauft hatte. Dies nur als ein Zeichen, was die Deutschen gewärtigen können, wenn sie ohne gehörige Garantie an Dänemark ausgeliefert würden.“

Hannover, 9. Juli. [Die Namen der 24 Vertrauens-männer], welche Ende dieses Monats in Berlin zusammentreten werden, um über die Verwaltungs-Organisation der Provinz Hannover gehört zu werden, sind heute bekannt geworden. Es sind ausschließlich Männer gewählt, welche 1864—1866 der hannoverschen Ständeversammlung angehört, wenn sie auch nicht sämmtlich bis zum Schlusse des Landtages selbst Mitglieder derselben geblieben sind. Zunächst sind berufen: die Repräsentanten der Ständeversammlung der Regierung gegenüber, nämlich der Erblandmarschall Graf Münster, und die letzten Präsidenten der ersten beziehentlich zweiten Kammer: Vice-Präsident v. Schlepegrell und Graf Bennigsen. Der früheren ersten Kammer, in welcher, abgesehen von den Mediatisten und Majoratsbesitzern, die sieben Ritterschaften ihre Vertretung hatten, sind sieben Mitglieder entnommen, doch hat man sich nicht streng an die einzelnen Ritterschaften gehalten, sondern der einen, lüneburgischen, zwei Vertreter entnommen, eine andere, die osnabrückische, gar nicht berücksichtigt. Letzteres hängt vielleicht damit zusammen, daß die osnabrückische Ritterschaft auf dem bekannten Ritterschafstage im November überhaupt jedes Verhandeln mit der neuen Regierung, die sie vollständig ignoriren zu müssen glaubte, von sich wies. Berufen ist aus der kalenbergischen Ritterschaft: Obergerichtsrath Professor von Lenthe, aus der hildesheimischen Landrath von Hammerstein, aus der lüneburgischen Landrath-Director von dem Kneesebeck und Erminister von Hammerstein, aus der bremen-verdenschen Graf Borries, aus der hoya-diepholzischen Landrath v. Bothmer, aus ostfriesischen Graf Knyphausen-Lütelsburg, der nicht als Deputirter, sondern als Majoratsbesitzer in der ersten Kammer saß. Städte und nicht ritterschaftlicher Grundbesitz werden in der Vertrauens-männerversammlung gleichfalls durch je sieben Abgeordnete vertreten werden, und da beide ausschließlich in der zweiten Kammer repräsentirt waren, so sind diese 14 Abgeordnete aus Mitgliedern der letzten zweiten Kammer genommen. Für die Städte sind berufen: R. v. Bennigsen, Landrath Neubourg, Bürgermeister Miquel, Bürgermeister Grumbrecht, Ober-Gerichtsanwalt König, Ober-Gerichtsanwalt Müller, Stadt-Syndicus Albrecht. Hier scheint mehr die Rücksicht auf die tüchtige Persönlichkeit der Gewählten als die auf die Größe der Städte maßgebend gewesen zu sein. Die ostfriesischen Städte sind nicht vertreten; von den sieben größeren Städten sind berücksichtigt Lüneburg und Celle. Als Vertreter des nicht ritterschaftlichen Grundbesitzes sind gewählt für das kalenbergische Hofbesitzer Redeker, für das hildesheimische Hofbesitzer Jordan, für das lüneburgische Hofbesitzer v. d. Brelin, für das osnabrückische die Hofbesitzer Buddenberg und Meyer, für das bremische Gutbesitzer Wicks, für das ostfriesische Landrath Steinbömer. Auch hier sind mehrere Districte, wie Arenberg-Meyen, Engen, Hoya-Diepholz, Bentheim übergegangen. Die Auswahl im Ganzen ergibt, daß alle Parteirichtungen vertreten sind. Die aus der letzten ersten Kammer Erwählten gehören der conservativen Partei an und waren in der deutschen Frage österreichisch gesinnt, die Mitglieder aus der letzten zweiten Kammer gehören bis auf Meyer-Riemsloh der national-liberalen Partei an. Die Führer dieser sind berücksichtigt, wogegen die Centrumpartei, die von den Erministern, Windthorst, Erleben, Lichtenberg geleitet wurde, fehlt.

Hannover, 10. Juli. [Die Königin Marie] hatte in voriger Woche auf's Neue einen Courier nach Wien gesandt und diesem ihren Kammerherrn Graf Einsingen folgen lassen, um unter Darlegung der Verhältnisse von König Georg die Erlaubnis zum Verlassen ihres jetzigen Aufenthalts zu verlangen. Der Courier ist vorgestern von Hiesing zurückgekehrt und soll, wie verlautet, und wie bei dem Starrsinn des Königs Georg sehr wahrscheinlich ist, die Antwort zurückgebracht haben, die Königin diesem Befehl und nicht ihren eigenen Intentionen, so muß ihre ganze bisherige Umgebung bis auf eine oder zwei Kammerfrauen die Burg verlassen und wird das dafür eintretende Hospersonal preussischerseits ausgewählt.

Ems, 9. Juli. [Zur Anwesenheit des Königs.] Der Bal paré, zu Ehren der Ankunft des Königs auf dem Festprogramm des dritten Tages stehend, war außerordentlich zahlreich besucht, — getanzet wurde bis nach 12 Uhr. Se. Majestät erschien nicht auf dem Balle. Bald nach 8 Uhr meldete einer der Adjutanten, daß der König wegen der begonnenen Cur und der Hoftrauer für den Kaiser Maximilian nicht auf dem Balle erscheinen werde. Von Koblenz waren viele höhere Offiziere des Balles wegen nach hier gekommen; überhaupt sah man viele decorirte Herren und hübsche Toiletten. — Der Aufenthalt des Königs am hiesigen Orte wird drei bis vier Wochen dauern; dann wird Se. Majestät Ostende oder Wildbad besuchen, nachdem er sich vorher über Wiesbaden nach Baden-Baden begeben hat. Vielleicht aber wird der König schon in nächster Woche auf einen Tag nach Wiesbaden reifen. Der Großherzog von Oldenburg, welcher hier angekommen und im „Hotel de Flandre“ abgestiegen ist, machte Sr. Majestät dem Könige die Aufwartung, promenierte längere Zeit mit demselben und nahm später bei dem Restaurateur des Curjaales, Herrn J. Jung, das Diner

ein. Der Großherzog reiste von hier nach Schloß Schaumburg, der früheren Besitzung des kürzlich verstorbenen Erbherzogs Stephan von Oesterreich, welches einem seiner Söhne durch testamentarische Bestimmung des Verstorbenen zugefallen ist. Das genannte Schloß wird von Fremden häufig besucht; zu bedauern ist nur, daß außer den vier Bären fast sämtliche Thiere des Thiergartens verkauft sind und daß das großartige Naturalien-cabinet nächstens nach Wien gefandt werden wird. (Oberf. 3.)

Celle, 10. Juli. [Berufung nach Berlin.] Soeben vernahmen wir, daß der Geheimrath Dr. Leonhardt, Vice-Präsident am hiesigen Ober-Appellationsgerichte, und die Ober-Appellationsgerichts-Räthe Behnde und v. Düring nach Berlin berufen sind, um in das dort für die neuen Landesheile zu errichtende oder zu vergrößerte höchste Landesgericht einzutreten. Es heißt, es würden ihnen noch zwei weitere Mitglieder des Ober-Appellationsgerichts folgen.

Dresden, 11. Juli. [Das Unglück in Lugau.] Das „Dresd. Z.“ schreibt: Das k. Finanzministerium hat heute eine Bekanntmachung, den Unglücksfall bei Lugau betreffend, erlassen und zugleich das Protocoll veröffentlicht, in welchem die in Lugau zusammengetretene Sachverständigen-Commission ihr Gutachten über den wahren Sachverhalt und über die zur Rettung der Verunglückten gemachten Versuche niedergelegt hat. Wie aus diesen abgedruckten Actensücken zu ersehen ist, haben die angestellten Rettungsversuche, trotz der dabei betheiligten hohen Energie und muthvollen Ausdauer, sich leider als völlig erfolglos erwiesen und sind infolge dessen nunmehr gänzlich eingestellt worden. Der eingestürzte Schacht ist somit den Verschütteten — wie gleich anfangs geschildert wurde — in traurigster Weise zum Grabe geworden. Möge den hilfsbedürftigen Hinterlassenen der Verunglückten von Seiten edler Menschenfreunde recht thätigste Unterstützung zu Theil werden, was namentlich in Bezug auf die Erziehung und Verpflegung der zahlreichen Kinder dringend zu wünschen ist.

Lugau, 9. Juli. [Die Rettungsarbeiten.] Nach einer Ver-ordnung des interimistischen Directors Herrn Kneisel vom „Gottes-Segen-Schacht“ sind die Rettungsarbeiten in dem Lugauer Schacht „Neue Fundgrube“ seit heute Vormittag 9 Uhr eingestellt worden, weil in vergangener Nacht 21 Brüche, darunter mehrere sehr starke, stattgefunden haben, und ein weiteres Fortarbeiten in genanntem Schacht ein eben so großes Unglück, wie das schon bekannte, herbeiführen könne. Der hier nebst mehreren Arbeitern zum Anfertigen von mehreren hundert Ellen Eisenblechrohren von 1 1/2 Zoll Stärke und 35 Zoll Durchmesser beauftragte Maschinenmeister Herr Eichenberger aus Gernitz hat seinem Chef Herrn Hartmann in Gernitz auf telegraphischem Wege mitgetheilt, von weiterer Zusendung besagten Materials abzusehen. Der Andrang von Menschen ist gegenwärtig ein ganz unbedeutender. Der Muth der Bergleute war bei den öfteren Nachbrüchen im Schacht zum Fortarbeiten ganz verloren gegangen.

Chemnitz, 10. Juli. [Die Zufälligkeit des Schachtes.] Es liegt nunmehr der feste Beweis von der vollständigen Zufälligkeit des Schachtes bis 360 Ellen von unten herauf vor. Man hatte, um die fortwährenden Nachstürze sicher beobachten zu können, ein 20 Tonnen schweres Drahtseil in die Tiefe des Schachtes verfenkt, dessen sorgfältig notirte Vibrationen das Vordringen weiten Gesteins anzeigten. Gestern nun waren selbige so heftig und für die Sicherheit der noch stehenden Schachthelle derart gefährdend, daß man dasselbe kappen mußte. Der Sturz dieser verhältnismäßig sehr schweren Masse, hat auf die verflopfte Stelle gar keinen Einfluß gehabt, denn beim weiteren Herab-laffen einer leeren Tonne ging solche nur bis zur 22. Bühne, also etwa über 700 Fuß hinunter. Es bleibt also, wie schon in dem gestrigen Telegramme bemerkt, nichts Anderes übrig, als den Schacht bis oben herauf zuzufüllen und von Neuem abzutheufen. Hierüber kann aber mehr Zeit als ein Jahr vergehen.

München, 9. Juli. [Untersuchung.] Gegen die Redaction des Berliner „Kladderadatsch“ ist hier auf Grund der jüngst erschienenen Nummer dieses Blattes eine Untersuchung wegen Majestätsbeleidigung eingeleitet worden. (N. B. 3.)

Aus Baden, 7. Juli. [Die auf Veranlassung einiger Mitglieder der zweiten Kammer einberufene Versammlung] zur Berathung über die Wahlen fand heute in Durlach statt und war von etwa 200 Personen, unter denen sich 20 Abgeordnete befanden, besucht. Wie dem „Schw. M.“ berichtet wird, sprach sich die Versammlung entschieden dahin aus, daß als eine Hauptforderung an die zur Wahl vorzuschlagenden Candidaten die nationale deutsche Richtung angesehen werden sollte. Nach längeren Verhandlungen wurde beschloffen, ein General-Comité zu wählen, welches die Bildung von Local-Comités in den einzelnen Wahlbezirken veranlassen solle, um auf solche Weise die Wahl der Bezirke auf Männer zu lenken, welche Garantie bieten, daß sie sowohl für die freie willige Entwicklung der inneren Zustände des Landes, als insbesondere für einen unmittelbaren Anschluß Badens an den norddeutschen Bund zu wirken Willens sind. In das General-Comité wurden gewählt die Unterzeichner der ergangenen Einladung, die Herren Buch, Schardt, Gerbel, Kiefer, Kufel, Lamey, welche mit Zustimmung der Versammlung noch weiter beigezogen haben: die Herren Friedrich in Durlach, Baumann in Mannheim, Sachs und Pfeiffer in Heidelberg. Als Vorstand des Ausschusses ist Dr. Lamey gewählt. (N. 3.)

Florenz, 5. Juli. [Aus dem Finanzministerium. — Zur römischen Frage. — Ministerielle. — Prinz Humbert.] Man kennt den Nachfolger von Ferrara noch nicht, doch scheint Cordova große Chancen für sich zu haben. Derselbe hat schon mehrere Unter-redungen mit Rattazzi gehabt. Die Berichte aus Rom lauten nicht sehr günstig. Die Italien feindliche Partei hat wieder die Oberhand und wird insbesondere der Einfluß des französischen Clerus angeklagt. Wie der italienische Gesandte aus Paris berichtet, ist nicht darauf zu rechnen, daß Frankreich in irgend einer Weise sich für jetzt mit der römischen Frage befassen wolle. Es scheint, daß Rattazzi als Grund seiner beabsichtigten Reise nach Paris die Nothwendigkeit vorschlägt, sich mit der französischen Regierung zu verständigen. Der italienische Minister meldet ferner, die von den französischen Blättern veröffentlichten Mittheilungen über bevorstehende Ministerveränderungen entbehrten jeder Begründung und seien jedenfalls verfehlt. Aus Berlin wird von dem freundlichen Empfang des Prinzen Humbert telegraphirt, das hat hier einen sehr guten Eindruck hervorgebracht. [Vom Hofe.] Der König hat, von heute an gerechnet, eine

zwanzigtägige Hoftrauer wegen des Todes des Kaisers Maximilian von Mexico angeordnet.

Rom, 2. Juli. [Adresse der Bischöfe.] Gestern Vormittag wurde von den in der vatikanischen Aula versammelten Bischöfen dem Papste eine lateinische Adresse verlesen und überreicht.

Sie enthält eine Berichtigung der Tugenden Pius IX. und alles dessen, was er in den Zeiten der Bedrängnis für die Einheit der Kirche und in Aufrechterhaltung ihrer Rechte gethan hat. Vor fünf Jahren von ihm nach Rom berufen, seien die Bischöfe auch jetzt wieder, und in einer Anzahl, wie sie zuvor nicht gesehen worden, seinem Rufe gefolgt, um das Centenarium St. Peters festlich zu begehen.

Frankreich.

Paris, 9. Juli. [Der Tod Kaiser Maximilians.] Mar- schall Bazaine.] Heute Morgen endlich traf die wirklich offizielle Bestätigung vom Tode Maximilian's in einer Depesche Dano's hier ein, welche am 27. Juni von Vera-Cruz abgegangen war.

Mexico.

Mexico. [Kaiser Maximilian vor dem Kriegsgericht.] Der „Morning Post“ wird in einer Privat-Correspondenz aus Matamoros vom 14. Juni geschrieben:

Ich habe Briefe aus Queretaro vom 3. Morgens; der Proceß des Kaisers Maximilian ist zu Ende, er ist zum Tode verurtheilt. Der Proceß vor dem Kriegsgerichte war eine reine Comödie. Bei verschlossenen Thüren geführt, wurden keine Zeugen zugelassen und die beteiligten Offiziere, welche das Kriegsgericht bilden, gesehen selber, daß die Verurtheilung sämtlicher Angeklagten von vornherein beschlossene Sache war.

Die Verböthe begannen am 29. Mai. Während des Proceßes und vier Tage vor demselben waren der Kaiser und seine Generale in besonderen Zellen eingesperrt und saßen einander nur im Gerichtssaale. Beim ersten Verböthe weigerte sich der Vorstehende, den Proceß des Kaisers gegen die Kompetenz des Gerichtshofes zu verhandeln; und ein Schreiben des Kaisers an Juárez, in welchem er sich erbot, allen Ansprüchen auf den Thron zu entsagen, die Uebergabe von Mexico und Vera-Cruz zu veranlassen und seine Ehre zu verpfänden, daß er alles in seinen Kräften Stehende zur Pacification des Landes thun wolle, wofür man ihm und seinen Offizieren freien Abzug gestatte, war ohne Erwiderung geblieben.

Mittlerweile war Juárez stark gedrängt worden, den Gefangenen milde zu begegnen. Damen-Deputationen besuchten ihn weinend um Gnade, er aber wies sie ungnädig ab, und einer dieser Deputationen rief er barsch zu: „Als unsere Offiziere durch die Oesterreicher ermordet wurden, habt ihr nicht für sie gebeten. Weßhalb solltet ihr jetzt Eure Tränen jetzt weihen bestimmen?“

Späteren Berichten (aus Queretaro vom 4., Monterey 10., Matamoros 16. und Brownville 18. Juni) sind folgende Mittheilungen entnommen:

Noch ist das Urtheil nicht vollstreckt, und es geht das Gerücht, es sei dem Kaiser und seinen Offizieren das Leben zugesichert worden, wofür er nicht nur abdicire, für ewig aus dem Lande gehe und sich verpflichte, jeder Intrigue gegen die Republik fern zu bleiben, sondern daß er sich auch verbindlich mache, beim Kaiser von Frankreich und beim Kaiser von Oesterreich die Tilgung der gesammten auswärtigen Staatsschuld Mexico's zu erwirken (?). Die Sache ist unglücklich, wird aber in St. Louis Botofio von den verschiedensten Seiten als zuverläßig berichtet.

Der Pariser „Moniteur“ bringt Nachrichten aus Mexico vom 1. Juli. Am 21. Juni wurde Mexico übergeben; die persönliche Sicherheit der französischen Gesandtschaft, die noch in Mexico selbst ist, war in keiner Weise gefährdet. Vera-Cruz ward am 27. Juni von den Quaranten befreit; Anordnungen kamen in keiner Weise vor; die fremden Truppen konnten sich, ohne beunruhigt zu werden, einschiffen.

Die „France“ zu diesen offiziellen Nachrichten hinzugefügt, fand wirklich an dem in der Washingtoner Depesche bezeichneten 19. Juni in Queretaro die Hinrichtung des Kaisers Max statt. Die Franzosen, welche in Queretaro gefangen genommen wurden, sind mit den Belgiern und Oesterreichern auf Monterey dirigirt worden.

Breslau, 12. Juli. [Feuersgefahr.] Gestern Abend in der 7. Stunde rüde die Hauptfeuerwache nach dem Grundstücke Katharinenstraße Nr. 7, wofelbst im Seitengebäude ein Wallenbrand ausgebrochen war.

Meteorologische Beobachtungen. Der Barometerstand bei 0 Grad in Paris...

Table with 5 columns: Date, Barometer, Temp., Wind, Weather. Rows for Breslau on July 11 and 12.

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

London, 11. Juli. Im Unterhause fragte Poff: Will die Regierung eine Meinungsäußerung des Unterhauses in Betreff des Kaiser-mordes veranlassen? Stanley verneint, denn dadurch würde eine unerwünschte Debatte über die mexicanischen Ereignisse entstehen und ein unangenehmer Präcedenzfall aufgestellt werden.

Paris, 12. Juli. Der Sultan ist gestern Abend abgereist, der Kaiser begleitete ihn bis zum Bahnhof.

Demmin, 11. Juli. Se. königl. Hoheit der Kronprinz traf gestern früh mit der „Grille“ in Straßund ein, stieg bei Graf Kraßow ab, inspicierte die Garnison, empfing die schwedischen Majestäten, frühstückte mit denselben bei Senator Spalbing, geleitete Allerhöchstdieselben bis Greifswald, inspicierte dort das Pommersche Jäger-Bataillon, nahm das Diner bei dem Präsidenten v. Seck ein, besuchte die Klinik der Universität und fuhr zur Nacht nach Demmin.

Paris, 11. Juli. Nachdem die Königin von Preußen gestern den Sultan empfangen hatte, machte Ihre Majestät einen kurzen Spaziergang, besuchte die Notre-Dame-Kirche und speiste dann im Botschaftshotel.

Paris, 11. Juli. Die Königin von Preußen erschien gestern auf der Soiree der Herzogin von Hamilton und machte heute Vormittag einen zweitägigen Besuch in der Ausstellung.

Telegraphische Courte und Börsennachrichten. Paris, 11. Juli, Nachm. 3 Uhr. Fest. Consols von Mittags 1 Uhr waren 95 1/2 gemeldet.

London, 11. Juli, Nachm. 4 Uhr. Sehr schönes Wetter. — Schluss-Course: Consols 95 1/2. 1% Spanier 33. Italien 5% Rente 49 1/2.

Frankfurt a. M., 11. Juli, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Schluss-Course: Wiener Wechsel 94 1/2. Fimmländ. Anleihe 82 1/2. Neue Fimmländ. 4 1/2 % Pfandbriefe 82 1/2.

Hamburg, 11. Juli, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Fonds stille, Valuten fest. — Schluss-Course: Hamburger Staats-Pfandbriefe 90. National-Anleihe 56 1/2.

Berlin, 11. Juli, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. (Getreidemarkt.) Weizen loco höher bei starker Nachfrage. Br. Juli 5400 Rbd. netto 159.

Berlin, 11. Juli, Mitt. Petroleum, raffiniert Type, weiß, unbedändert, 42 Tret. pr. 100 K.

Berlin, 11. Juli, Nachmittags. Rüböl pr. Juli 100, 00, pr. August-September 100, 00, pr. September-Dezember 100, 50.

Berlin, 11. Juli, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Fonds stille, Valuten fest. — Schluss-Course: Hamburger Staats-Pfandbriefe 90. National-Anleihe 56 1/2.

Rheinische Bahn 116%. Nordbahn 92. Altona-Kiel 130. Fimmländische Anleihe 81%.

Hamburg, 11. Juli, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. (Getreidemarkt.) Weizen loco höher bei starker Nachfrage. Br. Juli 5400 Rbd. netto 159.

Berliner Börse vom 11. Juli 1867.

Table with 3 columns: Name, Price, Change. Sections: Fonds- und Geld-Course, Eisenbahn-Stamm-Actien, Ausländische Fonds.

Table with 3 columns: Name, Price, Change. Section: Bank- und Industrie-Papiere.

Wechsel-Course.

Table with 3 columns: Location, Price, Change. Section: Wechsel-Course.

Berlin, 11. Juli. Roggen loco 59-66 Tbr. nach Qualität gefordert, 78-80 Sgr. 63-64 1/2 Tbr. ab Rahn und Boden bez.

Breslau, 12. Juli. Bei vorherrschend fester Stimmung befestigten sich die Getreide-Preise und schließen theilweise höher, der Umsatz behielt den zehnerigen Umfang.

Es zeigen zeigte sich gut behauptet, pr. 84 Rbd. schlesischer weisser 92-106 Sgr., gelber 92-104 Sgr., feinste Sort 2-3 Sgr. über Notiz bezahlt.

Table with 2 columns: Name, Price. Section: Sgr.pr.Schf.

Turn-Verein „Vorwärts“.

Den Mitgliedern, die sich am Brieger Turnfeste betheiligen, diene zur Nachricht, daß die Abfahrt nach Brieg theils Sonnabend Abend 10 Uhr, theils Sonntag Früh 6 1/2 oder 11 Uhr stattfindet.

Oberhembden

den Mitgliedern in Leinen und Schirting nur unter Garantie des Gutfigens liefert zu herabgesetzten Preisen.